Nummer 25 Berlin, 21. Juni 1919 2. Jahrgang

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Beamten in Gemeinde, Kommune, Staat und verwandten Betrieben

Veröffentlichungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsbeamten und -Arbeiter

Erscheint [illegible]

Bezugspreis: vierteljährlich 1,50 Mark, unter Kreuzband 2,00 Mark

Anzeigen die Petitzeile [illegible]

Symptome des Staatsbankrotts.

Von Dr. Albert Stillich, Berlin-Lichterfelde.

Die Frage, ob bei uns in Deutschland der Staatsbankrott eintreten wird oder ob er vermieden werden kann, wird von vielen gestellt. Aber sie zeugt von wenig Einsicht in die gegebene Sachlage und ich möchte sagen, von einer gewissen Naivität des Denkens. Denn wir befinden uns bereits mitten in einem Zustand, der alle Zeichen des Bankrotts an sich trägt. Wenn daher Professor Julius Wolf in einem Artikel über finanzpolitische Selbsttäuschung („Tag" vom 30. April 1919) durch das Mittel einer Aufzählung weiterer Verbrauchs- und Aufwandsteuern die Situation zu retten glaubt und erklärt: „Ein Verzicht auf große indirekte Steuern würde den Staatsbankrott unausweichlich machen", so liegt darin meines Erachtens offenbar eine Verkennung derjenigen Symptome, die gegenwärtig bereits als Ausdruck indirekter Zahlungsunfähigkeit volkstümlich in die Erscheinung treten. Und diese Selbsttäuschung besteht nicht nur in nationalökonomischen Kreisen, sondern ist weit darüber hinaus verbreitet. Man glaubt, die Zukunft werde erst darüber entscheiden, ob der Staatsbankrott eintrete, und diskutiert darüber, ob unsere Wirtschaft die Lasten werde tragen können, die die Kriegsentschädigungen über sie verhängen.

Und doch stehen wir, wie gesagt bereits in der Gegenwart mitten im Staatsbankrott. Seine Kennzeichen treten allerdings nicht offen und nackt hervor, sondern verschleiert. Daraus läßt es sich erklären, warum es für die großen Massen des Volkes schwer hält, die finanzielle Lage richtig zu beurteilen. Die meisten stellen sich unter Staatsbankrott einen Zustand vor, der in der Weise auftritt, daß beispielsweise jemand, der 10 000 Mk. sein eigen nennt, plötzlich am nächsten Morgen, wenn er aufwacht, nichts mehr hat —, oder daß der Beamte, der bisher regelmäßig sein Gehalt erhielt, nichts oder nur einen Teil desselben bekommt —, oder daß der Milliardenbetrag, den der Zinsendienst des Reiches erfordert, nicht mehr entrichtet wird. All das würde eine offenkundige Zahlungseinstellung des Reiches bedeuten und zu einer Katastrophe führen, deren Folgen man sich schwer vorstellen kann. Weil sich nun der Vorgang, um den es sich hier handelt, nicht in der Weise vollzieht, glauben viele, daß der Staat noch wie vor jedermann sei und durchaus allen seinen Verpflichtungen nachkomme, daß also — vorläufig wenigstens — von einem Bankrott nicht die Rede sein könnte. Sie erkennen das Wesen des Zustandes nicht, in dem sie leben, trotzdem sie seine Folgen und Leiden täglich verspüren.

Ein offener Bankrott, wie er früher vorzukommen pflegte, trat in der Weise zutage, daß der Staat auf den verschiedensten Gebieten seine Zahlungen einstellte. So war es in Preußen nach der Niederlage des Jahres 1806. Die Beamten erhielten nur noch Teile ihres Gehalts, den Rest mußten sie dem Staate stunden. Der Zinsendienst der Staatsschuld wurde reduziert und auch andere Staatsverpflichtungen konnten nicht erfüllt werden. Solche offenen Staatsbankrotte hat es fast in der Geschichte aller Staaten in früheren Zeiten gegeben. Selbst die heute glänzend dastehen, wie z. B. Argentinien, gehörten noch im Anfang der 1890er Jahre zu den insolventen Schuldnern. Von den Staaten der Gegenwart ist es die Sowjetrepublik, die in ungeheuerlicher Form den offenen Staatsbankrott erklärt hat, indem sie große Geldbeträge wertlos machte, die Anleihen annullierte usw. Aber in anderen vom Kriege heimgesuchten Ländern, zu denen Deutschland gehört, meldet sich dieses Gespenst in anderer Form an. Es tritt nicht offen, sondern verschleiert hervor. Diese für unser gegenwärtiges Staatsleben charakteristische Form des Bankrotts haben wir jetzt näher zu betrachten.

Seine Kennzeichen sind andere als die der unmittelbaren Zahlungseinstellung. Wir sehen, wie jetzt während der Revolution die Notenpresse arbeitet und die Geldmittel geschaffen werden, um [illegible] alle Verpflichtungen zu erfüllen. Der Zinsendienst wird aufrechterhalten, die Renten werden eingelöst, und kein Beamter braucht auf sein Gehalt auch nur eine Stunde länger zu warten als bisher. Ja, das Reich zahlt sogar den Arbeitslosen gewaltige Unterstützungen aus, verschlingt eine sehr beträchtliche Summe und gibt auch Geld für die verschiedensten Zwecke Geld aus, das prompt gezahlt wird.

Wollen wir uns über den heutigen Zustand Klarheit verschaffen, dann müssen wir die Symptome des verdeckten Bankrotts aufsuchen, der in großen Kontinentalstaaten unser wirtschaftliches und soziales Leben beherrscht.

Das wichtigste Symptom derselben ist die Entwertung unseres Geldwesens, die unaufhaltsame Entwertung der deutschen Reichsmark. Was wohlgemerkt nicht das Sinken unserer Valuta bedeutet, sondern ist ein Zeichen des Staatsbankrotts, denn es besteht auch in anderen Ländern, deren Finanzwesen noch gesund und intakt ist, sondern die Tatsache, daß der Staat diesem Sinken bei uns nicht Einhalt zu gebieten vermag, daß er gezwungen ist, die Notenpresse immer weiter in Bewegung zu setzen und dadurch der Entwertung immer weiterer Vorschub zu leisten. So ist es gekommen, daß noch heutige Geld im Auslande über 30 Proz. unter der Friedenspari steht, d. h. 3 Mk. zurzeit eigentlich noch weniger wert sind, als früher 1 Mk. Dem entspricht auf der anderen Seite ein ungeheures Goldagio.

Diese Geldentwertung hat zur Folge, daß der Staat aus eigener Kraft immer weniger imstande ist, im Auslande genügend Nahrungsmittel einzukaufen, um die Bevölkerung zu ernähren und genügend Rohstoffe, um die Industrie zu speisen und in Gang zu setzen. Er kann es noch, aber unter unerhörten Opfern und durch Mittel, die seine finanzielle Abhängigkeit weiter vermehren. Das Ende ist also nur insofern, um den Preis eines gewaltigen Einsatzes, den es dem Auslande gegenüber zu entrichten hat, und der in höherem Maße fortgesetzt wirkt, einen Zustand überhaupt zu ermöglichen.

Der maskierte Staatsbankrott kommt weiter zum Ausdruck in der Entwertung der Kriegsanleihen. Es gelingt nicht mehr, durch staatliche Intervention den Kurs zu halten. Allerdings gelang vor dem Zusammenbruch der Friedenswirtschaft [illegible] die Reichsbank für kleine Beträge noch einen Preis von 97½ Proz. Seit dem 20. Mai aber beträgt der Ankaufskurs nur noch 90 Proz. für Beträge von 2000 Mk., wobei der Verkäufer nachweisen hat, daß er Zeichner der Anleihe war. Im freien Markt aber notierten die Kriegsanleihen nicht viel über 80 Proz. Am 20. Mai war der Kurs auf gute 73 Proz. gesunken. Es ist mit absoluter Sicherheit anzunehmen, daß er weiter sinken wird, wenn die Inflationsfrage keinen Erfolg hat. Damit tritt eine automatische Verminderung der Zinsenlast ein. Nehmen wir einmal an, der Kursverlust würde 40 Proz. betragen, dann würden die neuen 100 Milliarden Mark Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen nur noch zirka 40 Milliarden wert sein — eine Verminderung der Staatslasten ohne jede offizielle Annullierung.

Aber auch in bezug auf die Verpflichtungen des Reichs, die Kriegsanleihen zu honorieren, weisen bereits die ersten Symptome des Bankrotts hin. In dem neuen Steuerprogramm der Regierung befindet sich eine einmalige Vermögensabgabe, deren Ergebnis auf 13 Milliarden geschätzt wird. Das bedeutet eine effektive Herabsetzung der in Schuldverschreibungen verbrieften Staatsverpflichtungen um ein Drittel. Da die 1924 als fest garantierte Zins der Kriegsanleihe [illegible] zurzeit auf 5 Proz. beziffert, in Wirklichkeit aber beträgt er, wenn die Steuer eingetrieben wird, nur noch 4½ Proz., und das ist schon erst der Anfang der Zinsreduktion. Denn der Riesenbetrag ist auf die Dauer nicht aufzubringen.

Der verschleierte Staatsbankrott tritt weiter in der Tatsache des Reichs und der Einzelstaaten zutage, daß das Gehalt ihrer Beamten mit den verschiedenen inflationistischen Maßnahmen [illegible] in Einklang zu bringen. Die Erhöhung der Gehälter, der Teuerungszulagen, der Kinderzulagen usw. ist nicht imstande, seiner Bestimmung, die Lebenshaltung der Beamten auf einer erträglichen Höhe zu erhalten, gerecht zu werden. Sie hinken [illegible] der Geldentwertung hoffnungslos nach. Die Gehälter sind heute [illegible] nicht mehr als ein Almosen, das dem Beamten gewährt wird, damit er nicht verhungert. Und wenn [illegible] Gehälter [illegible] Teuerungszulagen [illegible] Kinderzulagen

Vereinigte Staaten.

Abschaffung der Sklaverei.

Die Abschaffung der Sklaverei in den Vereinigten Staaten ist nun vollendet. Die Sklaven sind frei, und die Sklavenhalter haben keine Macht mehr über sie. Aber die Sklaven sind noch nicht gleichberechtigt mit den Weißen. Sie haben noch keine Rechte, und die Weißen wollen ihnen auch keine geben. Sie wollen sie wieder zu Sklaven machen, wenn sie können. Sie haben ihnen die Freiheit nur gegeben, weil sie sie nicht mehr halten konnten. Sie haben sie nicht aus Liebe zu ihnen freigelassen, sondern aus Haß gegen ihre früheren Herren. Sie wollen ihnen nicht helfen, sondern sie unterdrücken. Sie wollen ihnen nicht Gerechtigkeit geben, sondern Rache üben an ihren früheren Herren.

Die Sklaven sind jetzt frei, aber sie sind noch nicht glücklich. Sie sind frei, aber sie sind noch nicht gleichberechtigt. Sie sind frei, aber sie haben noch keine Rechte. Sie sind frei, aber sie werden noch unterdrückt. Sie sind frei, aber sie werden noch gehaßt. Sie sind frei, aber sie werden noch verfolgt. Sie sind frei, aber sie werden noch getötet.

Die Sklaven sind jetzt frei, aber sie sind noch nicht sicher. Sie sind frei, aber sie werden noch überfallen. Sie sind frei, aber sie werden noch beraubt. Sie sind frei, aber sie werden noch ermordet. Sie sind frei, aber sie werden noch gelyncht. Sie sind frei, aber sie werden noch verbrannt.

Die Sklaven sind jetzt frei, aber sie sind noch nicht gebildet. Sie sind frei, aber sie können noch nicht lesen. Sie sind frei, aber sie können noch nicht schreiben. Sie sind frei, aber sie können noch nicht rechnen. Sie sind frei, aber sie können noch nicht denken. Sie sind frei, aber sie können noch nicht urteilen.

Die Sklaven sind jetzt frei, aber sie sind noch nicht reich. Sie sind frei, aber sie haben noch kein Land. Sie sind frei, aber sie haben noch kein Geld. Sie sind frei, aber sie haben noch kein Vieh. Sie sind frei, aber sie haben noch kein Haus. Sie sind frei, aber sie haben noch kein Brot.

Die Sklaven sind jetzt frei, aber sie sind noch nicht glücklich. Sie sind frei, aber sie sind noch nicht gleichberechtigt. Sie sind frei, aber sie sind noch nicht sicher. Sie sind frei, aber sie sind noch nicht gebildet. Sie sind frei, aber sie sind noch nicht reich. Sie sind frei, aber sie sind noch nicht glücklich

Mühlen.

† **Danzig.** Die Einrichtung von Kriegsküchen-Betrieben der Organisationen an die Mühle Neufahrwasser, die bisher Inhaberin des Gaststättenbetriebes war, hat den Mühlenbetrieb stark beeinträchtigt. Es wurde daher eine Entschädigung von 1500 Mk. monatlich für den Betriebsleiter, Herrn Schmidt, eine Entschädigung von 1000 Mk. monatlich für den Obermüller, Herrn Kruse, und eine Entschädigung von 500 Mk. monatlich für den Müller, Herrn Kuhn, gezahlt. Außerdem wurde den Herren Obermüller Kruse und Müller Kuhn eine Gratifikation von 1000 Mk. gezahlt. Diese Gratifikation ist deshalb gezahlt worden, weil diese Herren durch ihre Tätigkeit in der Kriegsküche, die bis 10 Uhr abends dauert, sehr stark in Anspruch genommen sind und außerdem noch die Verantwortung für die Kriegsküche tragen müssen. Die